



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/79 - 7. April 1961.

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 93

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Die Deutschen und Eichmann</u> Von Ulrich Lohmar, MdB	52
2	<u>Ungewissheit über Algerienverhandlungen</u> Frankreich in Erwartung der Pressekonferenz de Gaulles Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	41
3 - 4	<u>Pocken - Weltgesundheitsorganisation schlägt Alarm</u> Internationale Zusammenarbeit bei Seuchenerkämpfung Von Bruno Kuster, Genf	56
4	<u>In Effekt eine politische Frage</u> Zur Diskussion über "NATO - Vierte Atomkraft?"	26
5 - 7	<u>Konstruktive Revolution gegen chaotische Revolution</u> Kennedy und Lateinamerika. Von Max Diamant - Mexiko	153

* * *

- 1 -
Die Deutschen und Eichmann

Von Ulrich Lohmar, MdB

In Israel beginnt jetzt der Prozess gegen Eichmann, den Organisator der Massenmorde während des Dritten Reiches. Eichmann gehörte zu der engeren Clique in der SS-Führung, die für die Vernichtung ungezählter jüdischer Mitbürger in Europa verantwortlich war. Dreihundert Journalisten allein aus den USA haben sich als Berichterstatter zu diesem Prozess nach Israel begeben. Es gibt Stimmen in Deutschland und im Ausland, die befürchten, dass dieser Prozess der Bundesrepublik Schaden zufügen könne in ihrem moralischen Ansehen und in ihrem politischen Gewicht. Aber der Präsident der jüdischen Weltorganisation, Dr. Goldmann, hat ebenso wie der israelische Ministerpräsident Ben Gurion deutlich gesagt, dass Eichmann nicht Deutschland sei. Wir sollten beiden Männern für diese Feststellung dankbar sein.

Die Massenmorde während des Dritten Reiches waren etwas geschichtlich Einmaliges. Die dafür Verantwortlichen einer gerechten Strafe zuzuführen, ist notwendig. Die Bundesregierung hat durch ihre Weigerung, die Prozesskosten für Eichmann zu zahlen, deutlich gemacht, dass Mörder wie er ausserhalb der Gemeinschaft des deutschen Volkes stehen.

Unser Volk hat während des Dritten Reiches in einer Art von Trancezustand gelebt. Wir haben diesen politischen Rausch mit der Spaltung unseres Landes bezahlen müssen. Es sollte heute bei uns niemanden geben, der sich über den Charakter des Dritten Reiches als Unrechtsetzung nicht im Klaren ist. Aber wir müssen als Volk in diesen Wochen um der Wahrheit und um unserer Selbstachtung wegen sagen, dass es keine Kollektivschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der Führung des Dritten Reiches und seiner Schergen gibt. Die grosse Mehrheit der Deutschen hat für die Untaten ihrer damaligen Führung selber teuer bezahlen müssen.

Die junge Generation Deutschlands wird durch den Eichmann-Prozess in besonderer Weise berührt. Wir Jüngeren haben es begrüsst, wenn Jugendgruppen in den vergangenen Jahren die ehemaligen Konzentrationslager besuchten. Aber die deutsche Jugend ist am allerwenigsten verantwortlich für das, was in diesen Lagern geschehen ist. Kein Volk und erst recht nicht seine Jugend kann die Zukunft meistern, wenn sie an diese Aufgabe herangeht mit einem bitteren Schuldgefühl, das die junge Generation Deutschlands nicht zu haben braucht.

Die Bundesrepublik hat sich klar dazu bekannt, die Leiden wiedergutzumachen, die unseren jüdischen Mitbürgern während des Dritten Reiches zugefügt wurden, soweit eine solche Wiedergutmachung materiell überhaupt geleistet werden kann. Es ist bezeichnend für den verlogenen Charakter der kommunistischen Diktatur in Mitteldeutschland, dass Ulbricht eine solche Wiedergutmachung in dem von ihm noch beherrschten Teil Deutschlands nicht einmal in Erwägung gezogen hat und den Eichmann-Prozess lediglich zu einer weltweiten Propaganda gegen die Bundesrepublik benutzen will. Es gibt an dieser Bundesrepublik sicher manches zu kritisieren, und die Versuchung, sich mit Stimmungen aus der Zeit des Dritten Reiches zu verbinden, ist gerade im Vorstadium des Bundestagwahlkampfes bei manchem spürbar geworden. Wir hoffen, dass diese Zeichen nicht weiterhin zu beobachten sein werden.

Es handelt sich für uns Deutsche heute weniger um eine blosser Bewältigung der Vergangenheit; diese unsere Vergangenheit kann nur bewältigt werden durch eine Gestaltung der Zukunft, die eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschliesst, um ein Wort Kurt Schumackers zu zitieren. Dieser Satz ist ein Programm für alle Deutschen, die die Grundsätze des Rechtsstaates und der Menschlichkeit in diesem Lande fest verankern wollen.

Ungewissheit über Algerienverhandlungen

Frankreich in Erwartung der Pressekonferenz de Gaulles

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Wieder ist der Beginn der französisch-algerischen Verhandlungen für unbestimmte Zeit verschoben worden und man fragt sich, ob sie ohne Einmischung und Beteiligung Dritter überhaupt noch stattfinden werden. Mit Spannung erwartet man de Gaulles Pressekonferenz am 11. April. Ist die Bemerkung des französischen Algerienministers, auch mit der MNA diskutieren zu wollen, wirklich der Grund, der die FLN veranlasst hat, sich noch vor Verhandlungsbeginn zurückzuziehen? Oder ist es nur ein Vorwand, um Zeit zu gewinnen? Beides trifft zu.

Die Existenz der algerischen Nationalbewegung (MNA), obwohl sie rein militärisch weitaus schwächer ist als die FLN, bedeutet durch die Persönlichkeit ihres Chefs, Messali Hadj, eine politische Gefahr für das Prestige der Exilregierung unter Führung von Ferhat Abbas, die um jeden Preis als alleinige Vertretung des ganzen algerischen Volkes gelten will.

Nicht nur die algerische Arbeiterschaft in Frankreich ist innerlich zerrissen, auch die französische Linke ist in ihren Stellungnahmen zur FLN und MNA gespalten. Die Sozialisten (SFIC) und insbesondere eine ihrer Fraktionen unter Führung der früheren KP-Angehörigen Le Coeur und Hervé verhehlen nicht ihre Sympathie für die MNA, die sie als demokratisch und freigewerkschaftlich bezeichnen und die im Widerstand gegen die totalitären Methoden der FLN steht. Kommunisten und Linkssozialisten hingegen sehen nur in der FLN den Verhandlungspartner und bezeichnen Messali Hadj als einen "Diener des Kolonialismus". Eine Mittelstellung nimmt Mendès-France ein, der auf seiner Pressekonferenz das Los des verkannten Propheten Messali Hadj als "grausam" bezeichnete, zugleich aber die französische Regierung aufforderte, aus Zweckmäßigkeitsgründen ausschliesslich mit der FLN zu verhandeln, die ihren repräsentativen Charakter tatsächlich bewiesen habe. Diesem Rat scheint Paris jetzt zu folgen.

In Evian sind alle Vorbereitungen getroffen, um die FLN-Vertreter auf Ministersebene zu empfangen. Von der MNA ist keine Rede mehr und wahrscheinlich wird sie früher oder später geopfert werden. Die FLN erklärt sich nach wie vor zu Verhandlungen bereit, offenbar in der Absicht, noch vor Verhandlungsbeginn durch Erwarten neuer Konzessionen und Vorteile zu erringen. Dass diese Überlegung nicht abwegig ist, beweist der erstmalige Empfang der FLN-Minister durch den amerikanischen Botschafter in Tunis.

Unterdessen wächst in Frankreich der Terror der Rechtsradikalen und führte zu einem Einheitsfront-Appell der Kommunisten, der nicht ohne Erfolg bleiben dürfte. Die in Evian verlorene Zeit ist für die 5. Republik kein Gewinn.

+ + +

Pocken - Weltgesundheitsorganisation schlägt Alarm

Von Bruno Kuster, Genf

Die deutsche Öffentlichkeit wurde dieser Tage durch den "Pockenalarm" in Ansbach aufgeschreckt. Ende Januar dieses Jahres und in der zweiten Februarhälfte verständigte die Weltgesundheitsorganisation in Genf die ihr angeschlossenen Länder von ähnlichen Erkrankungen, die durch Flugpassagiere von Bombay nach Spanien eingeschleppt worden waren.

Unverzüglich wurden damals alle interessierten Regierungen von diesem Vorkommnis in Kenntnis gesetzt, damit sie die sich aufdrängenden vorbeugenden Massnahmen ergreifen können. Alle europäischen Staaten wurden telegraphisch verständigt, wie auch die regionalen Quarantäne-Büros der Weltgesundheitsorganisation in Washington, Alexandria und Singapur. Besondere Massnahmen wurden in Italien und Marokko ergriffen, da diese Länder vom infizierten Flugzeug auf seinem Anflug nach Madrid, beziehungsweise auf seinem Weiterflug berührt worden waren. Passagiere, die mit diesem Pockenflugzeug reisten, werden einer strengen Kontrolle unterworfen.

Die Nachricht wurde über das Radio, das von Frangins (bei Genf) aus täglich Angaben über ansteckende Krankheiten in die ganze Welt ausstrahlt, verbreitet. Auch im "Fall Ansbach" wurde so verfahren.

Nicht nur ein "Zwischenfall"

Falls keine weiteren Pockenfälle auftreten, wird man den "Zwischenfall" sehr bald wieder vergessen haben. Er sollte aber doch wieder einmal ins Bewusstsein rufen, dass eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmasses unvermeidlich wäre, sobald die internationale Zusammenarbeit der Gesundheitsdienste infolge politischer Zerwürfnisse auch nur vorübergehend unterbrochen würde. Die Völker sind so nahe zusammengedrückt, dass sich jede Nachlässigkeit verhängnisvoll auswirken müsste, wie wenn die Feuerwehr wegen Streitigkeiten unter der Mannschaft nicht mehr ausrücken könnte. Es wäre recht erfreulich, wenn sich auch die Politiker mit der Zeit dieser imperativen Tatsache bewusst werden.

23,6 Millionen Dollars als "Kampffonds"

Als im Januar von Genf aus der Pockenalarm gegeben wurde, tagte gleichzeitig in Neu-Delhi die Weltgesundheitskonferenz, die eine Erhöhung des Budgets um beinahe 20 Prozent beschloss, sodass der Weltgesundheitsorganisation im Jahre 1962 23,6 Millionen Dollars zur Verfügung stehen werden. Diese spektakuläre Zunahme ist vor allem auf zwei Gründe

zurückzuführen. Erstens ist es Pflicht der Organisation, ihren Beistand an dem Aufbau der Gesundheitsdienste der zahlreichen jungen Staaten Afrikas zu verstärken. Zweitens wurde ein Betrag von zwei Millionen Dollars für die Weiterführung des Feldzuges gegen die Malaria ins ordentliche Budget aufgenommen, nachdem es sich leider gezeigt hat, daß der freiwillige Malariafonds völlig ungenügende Beiträge erhielt. 90 Prozent des Fonds waren allein von den Vereinigten Staaten aufgebracht worden! Nun werden andere Regierungen eben ihre regulären Beiträge erhöhen müssen.

Der Anti-Malariafeldzug

Von den 1336 Millionen Menschen in Malariagebieten leben heute 298 Millionen in Landstrichen, die von der Malaria völlig befreit werden konnten. Die Siedlungsgebiete von 612 Millionen sind gegenwärtig Schauplatz des Anti-Malaria-Feldzuges, der sich in absehbarer Zeit auf weitere 170 Millionen Menschen ausdehnen wird. Für 255 Millionen konnte bis heute überhaupt noch nichts getan werden, weil eben die finanziellen Mittel fehlen. Solange es aber noch irgendwo auf der Welt Malariaherde gibt, besteht die große Gefahr, daß bereits gesäuberte Gebiete erneut infiziert werden. Bis 1962 dürfte die Malaria in Südeuropa endgültig überwunden sein, worüber sich nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Touristen, die alljährlich der südlichen Sonne entgegenzueilen, freuen werden. Aber auch dieser Sieg erfordert ständige Wachsamkeit.

+ + +

Im Effekt eine politische Frage

Zur Diskussion über "NATO - Vierte Atommacht?"

sp - Alle in den letzten Tagen geführten Diskussionen, ob die NATO "Vierte Atommacht" werden soll oder nicht, gehen im Kern auf die auch in Washington nicht dementierte Absicht von Präsident Kennedy zurück, einerseits die militärisch-politische Wirksamkeit der NATO zu erhöhen, andererseits das Risiko einer Ausweitung des "Clubs der Atommächte" zu vermeiden. Kennedy weiß, daß nicht nur China, sondern auch einige arabische Staaten und selbstverständlich die Mitglieder des Warschauer Paktes nur auf einen Vorwand warten, um ihrerseits ebenfalls offiziell zu erklären, daß sie entweder selbst Atomwaffen herstellen werden, oder in ein atomares Rüstungssystem einbezogen werden wollen. Im Hintergrund steht außerdem noch die in den USA sehr ernst genommene Drohung Moskaus, man werde sogar auf Kuba Abschussbatterien für Atomraketen errichten...

In zunehmendem Maße wird also durch alle diese Überlegungen die Frage "NATO als vierte Atommacht?" von der rein militärischen auf die politische Ebene verschoben. Wenn sich bei der Diskussion über die verschiedenen Möglichkeiten der Lösung dieses Problems herausstellt, daß die westliche Verteidigungsgemeinschaft auch durch eine Umgruppierung oder Neuverteilung der militärischen Aufgaben innerhalb des Atlantik-Bündnisses stark genug bleiben kann, um Aggressionen des Ostens mit Erfolg abwehren zu können, dann ergeben sich, besonders für eine deutsche Bundesregierung, einige sehr wichtige politische Aufgaben. Man muß sich in Bonn darüber klar sein, daß die Vergrößerung der Mitgliederzahl des "Atomclubs" - ganz gleich, in welcher Form dies geschehen sollte - politische Konsequenzen nach sich zieht, die den latenten Ost-West-Konflikt insoweit überlagern werden, als dann die Deutschlandfrage als Gegenstand internationaler Verhandlungen in immer weitere Ferne rückt.

+ + +

Konstruktive Revolution gegen chaotische Revolution

Kennedy und Lateinamerika
Von Max Diamant - Mexiko

Nach der Moskauer Lesart ist Kennedys gross angelegter Zehnjahresplan zur sozialökonomischen Entwicklung Lateinamerikas im wesentlichen ein erzwungener Verteidigungszug des bedrohten USA-Imperialismus, der sich nun "im eigenen Hinterrhof" gefährdet fühlt.

Von Lateinamerika aus gesehen spricht tatsächlich der Augenschein dafür, dass Fidel Castro und der kubanische revolutionäre Prozess die eigentlichen Geburtshelfer waren, die mit ihren Praktiken diesen so rasch konzipierten und so erstaunlich umfassenden Kennedy-Plan ins Leben riefen. Allein nach dieser Charakteristik ergibt sich aber, dass die proklamierte allamerikanische "Allianz für den Fortschritt" keineswegs nur ein Vorbeugungsmittelchen ist, das auf Täuschung oder momentane Linderung ausgeht, sondern zur Grössenordnung eines folgenschweren und verantwortungsbewusst durchgeführten gesellschaftlichen Eingriffs gehört. Kennedy geht offensichtlich von der Grundhaltung aus, dass er in der jetzigen Situation am besten den unmittelbaren und historischen Interessen des eigenen Landes wie denen der lateinamerikanischen Länder diene, wenn er mit allem Einsatz dazu beiträgt, den Ausbruch einer allgemeinen chaotischen Revolution in Lateinamerika unnötig zu machen. Sein Mittel gegen die chaotische Revolution ist die konstruktive Revolution, die in schnellem Tempo die jetzt noch weiterwirkenden sozialen, ökonomischen und politischen Voraussetzungen für einen Verzweiflungsausbruch aufheben muss.

Erinnerung an Roosevelt

Kennedy tritt mit seinem Plan den lateinamerikanischen Ländern nicht als ein suchender und tastender Sozialreformer gegenüber, sondern als ein entschlossener Sozialrevolutionär, der durch die Dynamik einer anrollenden konstruktiven Revolution die Gefahr einer sozialen Explosion ausschalten will. Kennedy kann dabei nicht auf halben Wege stehen bleiben und er kann heute unmöglich damit rechnen, in Lateinamerika als ein zweiter Roosevelt zu erscheinen, als ein verständnisvoller Freund, der herzliche Gesten, eine freundliche Gesinnung und eine gewisse Hilfsbereitschaft zeigt. Er muss viel weitere und revolutionärere Wege gehen. Gewiss, Franklin Roosevelts Name steht nach wie vor in Lateinamerika in hohem Ansehen und so oft an ihn erinnert wird, hört man besonders aus den demokratischen und fortschrittlichen Kreisen hier, dass eine melancholische Stimmung des Bedauerns mitschwingt, "ob der vergangenen, so freundlicher Ära", die mit ihm ins Grab ging. Denn vor Franklin Roosevelt trat Washington den lateinamerikanischen Ländern als Vollstrecker einer rücksichtslosen Interessentenpolitik gegenüber, auf die man sich ausserdem stolz zeigte und die man mit Übermut die Politik des "big stick" nannte, was sinngemäss eine Politik mit Hilfe des grossen Stockens der Zucht und Züchtigung ist.

Fehler der jüngsten Vergangenheit

Was dann nach Roosevelt für Lateinamerika aus Washington kam, schon mit Truman angefangen und ganz hoffnungslos blind, starr und festgefahren mit Foster Dulles und Eisenhower, das war im besten Falle eine Nichtbeachtung der lateinamerikanischen Vorgänge und Töne und eine allgemeine Abwertung auch der ernstesten Symptome sozialer Gärung mit dem nonchalanten Hinweis, dass a) nordamerikanische Aussenpolitik nicht darin bestehe, sich um Freunde zu sorgen, sondern die eigene Sicherheit zu erhöhen und b), dass die lateinamerikanischen Freunde leider seit jeher

besonders zum Rebellieren und zur Unruhe neigen, also zu einer Art ständig sich wiederholender "exotischer Kapriolen"! Im übrigen aber besorgte man von Washington aus mit dem notwendigen politischen, finanziellen und militärischen Nachdruck, dass in den Regierungen der lateinamerikanischen Länder möglichst sichere und geeignete Gefolgsleute an der Macht sind, damit das alte Gefolgschaftsverhältnis zwischen Lateinamerika und USA unerschüttert weiter besteht. Während bis Roosevelt als massgebende Washingtoner Linie galt, in Lateinamerika kategorisch eine "normale" Expansion und die "natürlichen" Ansprüche der nordamerikanischen Interessenten durchzusetzen, stand darnach Roosevelt die lateinamerikanische USA-Politik im Zeichen vor allem einer unbedingten Sicherung des selbstverständlichen aussenpolitischen Führungsanspruchs. Wegen des einsetzenden kalten Krieges und wegen der Gemeinsamkeit im Bekenntnis zu den demokratischen Idealen, betrachtete man es in Washington als selbstverständlich und als obligatorisch, dass bei Abstimmungen in der UNO und sonst immer, die lateinamerikanischen Länder ihre aussenpolitische Solidarität aus der Kriegszeit gegenüber Washington unbedingt weiterzuführen haben.

Die amerikanische Solidarität, zu der der neue Präsident der USA jetzt aufruft und in deren Namen er in einer grossen und planmässigen Anstrengung die enormen technischen und materiellen Reserven Nordamerikas und die heute brachliegenden Kräfte Lateinamerikas und seine in die Zukunft gerichteten Vorstellungen zusammenfassen will, hat prinzipiell eine andere, eine neue Ausrichtung. Es geht in der Tat um weit mehr, als etwa um einen grossanglegten taktischen Versuch, mit neuen Mitteln die aufässig werdenden lateinamerikanischen Länder in die politische Gefolgschaftsline wieder fest einzurichten. Die amerikanische Solidarität, die jetzt ausgebaut werden soll, betrifft als Ausgangsfrage weit weniger die tagesspolitischen Interessen Washingtons und etwaige Geschäftsprojekte nordamerikanischer Interessenten, als das gemeinsame historische Interesse aller amerikanischen Länder an einer raschen Entwicklung der sozialökonomischen Kraft dieses zweigeteilten Kontinents.

Auf die Initialzündung kommt es an!

Es bleibt kein Platz für einen Zweifel, dass nach Kennedys Plan die grosszügige Entwicklungshilfe für Lateinamerika auf keinen Fall als ein mehr oder minder bedingtes Milliarden Geschenk an die verschiedenen lateinamerikanischen Länder oder deren privilegierte und beherrschende Schichten, eingesetzt werden soll. Verschiedene schlimme Erfahrungen, die in der Vergangenheit in unterentwickelten Ländern anderer Kontinente gemacht wurden, haben die bleibende Lehrkammerlassen, dass die Wirkungen auch eines grösseren Millionenregens bald verpuffen, wenn diese Millionen nicht als Initialzündung für grosse konstruktive Zwecke verwendet werden. Ja, es ist umgekehrt so, dass grosse unproduktive Geschenksummen nur den Reichtum der Reichen, nur die Korruption der Korrupten und den Unwillen und Hass der betrogenen Volksmassen vergrössern. Kennedy tritt darum mit seinem Plan den lateinamerikanischen Ländern nicht als ein "guter Nachbar" gegenüber, sondern als ein Partner, der Initiative entfaltet und alle anderen zur gleichberechtigten und initiativen Teilnahme an einer gemeinsamen Anstrengung, an einem gemeinsamen Werk, aufruft.

"Für Fortschritt - gegen Tyrannie!"

In der Vorstellung Lateinamerikas beginnt jetzt mit Kennedy, auf alle Konsequenzen hin, eine zweite Roosevelt-Ära, die noch dynamischer in Anpacken der Aufgaben und noch revolutionärer in den gesellschaftlichen Resultaten sein wird. Von dieser Kennedy-Ära erwartet man, dass sie von Anfang an die stärksten Akzente setzen wird auf die gesellschaftliche Verpflichtung und Verantwortung in unserer Zeit, nicht nur für das

eigene Land, sondern auch als Basis des Zusammenwirkens mit den anderen Völkern, den sozialen Fortschritt und die menschliche Freiheit nach Kräften zu entwickeln und auszubauen. Der Slogane, die zum Hass und zur Explosion aufrufen, stellte Kennedy eine Lösung entgegen, die in Lateinamerika die Energien zusammenfasst und zu einem sinnvollen Einsatz bringen soll: "Für Fortschritt und gegen Tyrannei!" In der lateinamerikanischen Erinnerungs- und Gefühlswelt bedeutet diese Kennedy'sche Arbeitslösung ein deutliches Anklängen an den alten Kampfruf der landlosen Bauern aus der mexikanischen Revolution, der seitdem die Runde gemacht hat in der Welt: Tierra y Libertad, zu deutsch, Boden und Freiheit! Im Grunde ist das die universelle Plattform aller Völker, wenn sie zum Kampf gegen das Elend und die Unterdrückung antreten, und in allen Sprachen der Welt hiess sie immer wieder: "Brot und Freiheit"! Kennedy aber erweitert diese alte Losung durch seinen Zehnjahresplan für Lateinamerika zu einem imposanten Arbeitsprogramm, das den gesellschaftlichen Aufgaben und grossen Möglichkeiten unserer Zeit entspricht.

Zum Unterschied von den Stalinschen Fünfjahresplänen ist Kennedys Zehnjahresplan für den lateinamerikanischen Kontinent kein Rüstungsplan, keine Propagandalosung mit der Mitteln der totalitären Massensuggestion und keine erbarmungslose Zwangspeitsche für den Menschen und die Völker. Es ist dies vielmehr ein Arbeitsplan, der den Völkern Lateinamerikas helfen soll, den geschichtlichen Weg zu erleichtern und zu verkürzen, der auch sie zur Freiheit durch den Fortschritt führen wird.

Lateinamerika versteht Kennedys Sprache

Das Echo beweist, dass die Sprache Kennedys in Lateinamerika verstanden wird. Aber es nicht nur die Sprache, es ist vor allen der Geist, der Stil und die Gesinnung des neuen Mannes aus Washington, die Lateinamerika beeindruckten. Hier werden immer wieder ganze Passagen seiner lateinamerikanischen Botschaft zitiert: "Unsere beiden Teile des Kontinents sind vereint durch eine gemeinsame Geschichte - und sie führt uns zur unerschütterlichen Suche und Erforschung neuer Grenzen. Unsere Nationen sind das Produkt eines gemeinsamen Kampfes - unsere Revolution gegen das Kolonialregime. Und unsere Völker haben ein gemeinsames Erbgut - das Streben nach der Würde und der Freiheit des Menschen. Die Revolutionen, aus denen wir hervorgegangen sind, haben noch einen Wert von Thomas Paine in uns einen Funken entzündet, der nie verlöschen wird... Die historische Mission unseres Weltteils ist noch nicht abgeschlossen. Auf uns wartet noch die Aufgabe, der ganzen Welt zu beweisen, dass das unbefriedigte menschliche Streben nach wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit am besten erfüllt werden kann durch freie Menschen, die im Rahmen demokratischer Institutionen wirken... Erlaubt mir, der erste zu sein, der anerkennt, dass wir nicht immer von Sinn dieser Mission verstanden haben, die uns gemeinsam ist, und dabei auch auszusprechen, dass es ebenfalls in Lateinamerika viele Menschen gibt, die die dringliche Notwendigkeit noch nicht begriffen haben, endlich die Völker von der Armut, der Unwissenheit und der Verzweiflung zu befreien..."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel